

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 15/3201 –**

Nachhaltiges Wachstum in Ostdeutschland sichern

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Arnold Vaatz, Werner Kuhn (Zingst),
Ulrich Adam, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/3047 –**

Ostdeutschland eine Zukunft geben

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Joachim Günther (Plauen), Eberhard Otto
(Godern), Dr. Karlheinz Gutmacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
der FDP
– Drucksache 15/3202 –**

**Ostdeutschland als Speerspitze des Wandels –
Leitlinien eines Gesamtkonzepts für die neuen Länder**

- 4. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Arnold Vaatz, Werner Kuhn
(Zingst), Dirk Fischer (Hamburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der
CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher,
Klaus Haupt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/4163 –**

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

– Drucksache 15/3796 –

**Jahresbericht der Bundesregierung
zum Stand der Deutschen Einheit 2004**

- 5. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/3796 –**

**Jahresbericht der Bundesregierung
zum Stand der Deutschen Einheit 2004**

A. Problem

Zu Nummer 1

Die für Ostdeutschland im Zeitraum bis 2019 zugesagten Solidarpaktmittel sollen in der vereinbarten Höhe bereitgestellt werden. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ soll als wirksames Instrument nationaler Wirtschaftsförderung erhalten werden. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, gemeinsam mit den Ländern die vorhandenen Stärken und Entwicklungspotentiale vorrangig zu fördern und weiterhin einen deutlichen Schwerpunkt bei der Innovations- und Forschungsförderung zu setzen. Bei der Mittelstandsförderung und -finanzierung sollen weiterhin die besonderen Bedürfnisse der ostdeutschen Wirtschaft im Auge behalten werden. Die Entwicklung strukturschwacher Räume soll weiter gefördert werden. An der Strategie für eine Verbesserung der Standortbedingungen für Ostdeutschland soll festgehalten werden. Die weichen Standortfaktoren sollen entwickelt werden. Die beschlossene Modernisierung des Arbeitsmarktes soll in den neuen Ländern aufgrund der dort bestehenden Arbeitsplatzlücke durch wirtschafts- und innovationsfördernde Instrumente ergänzt werden. Es soll alles daran gesetzt werden, auch in den neuen Ländern ein bedarfsgerechtes Ausbildungsplatzangebot zu sichern. Wirtschaft und allgemeinbildende Schulen sollen besser kooperieren. Die Bundesregierung soll sich bei der Ausgestaltung der künftigen EU-Strukturpolitik für eine Konzentration auf die strukturschwächsten Regionen und faire Übergangsregelungen für die Regionen, die ab 2007 aus der Höchstförderung ausscheiden, einsetzen.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung durch den Deutschen Bundestag unter anderem aufgefordert werden soll, den neuen Ländern zugesagte Solidarpaktmittel nicht zur Disposition zu stellen; die Beibehaltung der Förderung der ostdeutschen Länder als „Ziel-1-Gebiete“ für den Zeitraum 2007 bis 2013 zu erwirken; eine Förderstrategie zu entwickeln, durch die vor allem Wachstumscluster etabliert und gestärkt werden sollen; die Entwicklung strukturschwacher Gebiete nicht aus dem Blick zu verlieren; Debatten über so genannte Sonderwirtschaftszonen entgegenzutreten, den neuen Ländern größere Handlungsspielräume zu gewähren; eine der Produktivität, der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsmarktnachfrage angemessene Lohnfindung in Ostdeutschland zuzulassen; aus dem System der Lohnersatz- und Transferleistungen für arbeitsfähige Arbeitslose ein System der Lohnergänzungsleistungen zu machen; eine Neuregelung des Kündigungsschutzes bei Neueinstellungen zuzulassen; Verkehrsprojekte, die im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union von Bedeutung sind, im Bundesverkehrswegeplan als „Vordringlichen Bedarf“ auszuweisen; die Forschungsförderung stärker an den Besonderheiten der ostdeutschen Unternehmenslandschaft auszurichten.

Zu Nummer 3

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung durch den Deutschen Bundestag unter anderem aufgefordert werden soll, ein Gesamtkonzept für den Aufbau Ost zu erstellen; die Schaffung von Modellregionen durch die befristete Aussetzung bundesrechtlicher Regelungen im Bau-, Tarif- und Arbeitsrecht über Länderöffnungsklauseln zu ermöglichen, den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit Priorität einzuräumen; die gemeinsame Finanzierung der Forschung von Bund und Ländern fortzuführen; Regelungen für die grenznahen Regionen zu schaffen; kleinen und mittelgroßen Unternehmen Risikokapital zur Verfügung zu stellen; die Vorreiterposition der neuen Bundesländer bei der Entwicklung wettbewerbsfähiger Biotechnologie-

standorte zu fördern; die Rahmenbedingungen für die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft zu verbessern und die Rahmenbedingungen für den Tourismus zu verbessern.

Zu Nummer 4

Die Antragsteller haben einen Entschließungsantrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung durch den Deutschen Bundestag unter anderem aufgefordert werden soll, den jährlichen Bericht zum Stand der Deutschen Einheit bis zum Jahr 2019 fortzuführen und inhaltlich zu erweitern.

Zu Nummer 5

Die Bundesregierung hat, entsprechend einem Beschluss des Deutschen Bundestages (Bundestagsdrucksache 14/2608), den Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2004 vorgelegt, in dem das Konzept des Aufbaus Ost dargestellt, die verschiedenen Programme zur Förderung des Aufbaus Ost im Detail beschrieben und in einem statistischen Anhang ausgewählte Wirtschaftsdaten zur Lage in den neuen Ländern präsentiert werden.

B. Lösung

- 1. Annahme des Antrags auf Drucksache 15/3201 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**
- 2. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/3047 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP**
- 3. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/3202 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU**
- 4. Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 15/4163 in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 15/3796 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Annahme der Anträge der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 15/3201 – mit folgender Maßgabe, im Übrigen unverändert anzunehmen:

Der Antrag wird um folgenden Punkt 10 ergänzt:

„10. den jährlichen Bericht zum Stand der Deutschen Einheit bis zum Jahr 2008 fortzuführen, mit der Maßgabe einer Verlängerung der Berichtspflicht über diesen Termin hinaus, wenn der Bedarf dafür durch den Deutschen Bundestag festgestellt wird.“;

2. den Antrag – Drucksache 15/3047 – abzulehnen;
3. den Antrag – Drucksache 15/3202 – abzulehnen;
4. in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 15/3796 – den Entschließungsantrag auf Drucksache 15/4163 abzulehnen.

Berlin, den 17. Januar 2005

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Siegfried Scheffler
Berichterstatter

Werner Kuhn (Zingst)
Berichterstatter

Peter Hettlich
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Siegfried Scheffler, Werner Kuhn (Zingst) und Peter Hettlich

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/3201 in seiner 111. Sitzung am 27. Mai 2004 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/3047 in seiner 111. Sitzung am 27. Mai 2004 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 3

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/3202 in seiner 111. Sitzung am 27. Mai 2004 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 4

Der Deutsche Bundestag hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 15/4163 in seiner 138. Sitzung am 11. November 2004 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Sportausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 5

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/3796 in seiner 138. Sitzung am 11. November

2004 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Sportausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Mit dem Antrag wird unter anderem vorgeschlagen, die zur finanziellen Absicherung der Förderpolitik für Ostdeutschland im Zeitraum bis 2019 zugesagten Solidarpaktmittel in der vereinbarten Höhe von 156 Mrd. Euro bereitzustellen und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Föderalismuskommission als wirksames Instrument nationaler Wirtschaftsförderung zu erhalten. Die Bundesregierung soll im Rahmen der finanzpolitischen Leitlinien aufgefordert werden, gemeinsam mit den Ländern die vorhandenen Stärken und Entwicklungspotentiale vorrangig zu fördern und weiterhin einen deutlichen Schwerpunkt bei der Innovations- und Forschungsförderung zu setzen. Die vorhandenen, wissenschaftlich international konkurrenzfähigen Forschungsstandorte sollen prioritär weiter ausgebaut werden, der InnoRegio-Prozess soll verstärkt fortgeführt werden. Die bessere Zusammenarbeit zwischen Forschung und Wirtschaft soll weiterhin gefördert werden. Die Programme INNO WATT, PRO INNO II und NEMO sollen weiterentwickelt werden. Die bestehenden Wissenschaftseinrichtungen sollen dauerhaft gesichert werden. Bei der Ansiedlung von Großforschungszentren sollen die ostdeutschen Bundesländer bevorzugt berücksichtigt werden. Bei der Mittelstandsförderung und -finanzierung sollen weiterhin die besonderen Bedürfnisse der ostdeutschen Wirtschaft im Auge behalten werden. Der Weg des Bürokratieabbaus als Daueraufgabe soll für ganz Deutschland fortgesetzt werden. Die Entwicklung strukturschwacher Räume durch eine gezielte Unterstützung ihrer spezifischen Stärken und Potentiale soll weiter gefördert werden. Mit dem Ziel einer ländlich integrierten Entwicklung sollen die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Agrarstruktur und Küstenschutz“ auch für die Förderung außerlandwirtschaftlicher Aktivitäten sinnvoll kombiniert werden. An der Strategie für eine Verbesserung der Standortbedingungen für Ostdeutschland insbesondere des weiteren Ausbaus der Infrastruktur in den neuen Ländern soll festgehalten werden. Die weichen Standortfaktoren sollen entwickelt werden, u. a. das städtebauliche Erscheinungsbild der neuen Länder, weshalb eine Fortsetzung des Programms „Stadtbau Ost“ ausdrücklich begrüßt werden soll. Die in Gang gesetzten Reformen am

Arbeitsmarkt sollen weitergeführt werden. Die beschlossene Modernisierung des Arbeitsmarktes soll in den neuen Ländern aufgrund der dort bestehenden Arbeitsplatzlücke durch wirtschafts- und innovationsfördernde Instrumente ergänzt werden. Es soll alles daran gesetzt werden, auch in den neuen Ländern ein bedarfsgerechtes Ausbildungsplatzangebot zu sichern. Bestandteil des vorgeschlagenen Paktes für Ausbildung sollen entsprechende Verpflichtungen von Wirtschaft, Ländern und Bund sein: Die Wirtschaft soll aufgefordert werden, sich verbindlich zu verpflichten, das betriebliche Ausbildungsplatzangebot gegenüber 2003 zu erhöhen. Die Länder sollen sicherstellen, dass die Zahl der Ausbildungsplätze in den ländereigenen Ausbildungsplatzprogrammen wieder auf den Stand von 2000 zurückgeführt wird. Der Bund soll die Bemühungen der Wirtschaft zur Erhöhung des betrieblichen Ausbildungsplatzangebotes verstärkt mit seinen Programmen zur regionalen Ausbildungsplatzentwicklung unterstützen. Ein am tatsächlichen Bedarf orientiertes Ausbildungsplatzprogramm Ost 2004 soll ein Element eines solchen Ausbildungspaktes sein. Wirtschaft und allgemeinbildende Schulen sollen besser kooperieren. Die Bundesregierung soll dies mit dem Programm „Schule-Wirtschaft-Arbeitswelt“ des BMBF unterstützen. Die Bundesagentur für Arbeit soll aufgefordert werden, mit der nach dem SGB III möglichen Unterstützung der Berufsorientierung von Schülern und Schülerinnen diese Initiative zu flankieren. Die Bundesregierung soll sich bei der Ausgestaltung der künftigen EU-Strukturpolitik für eine Konzentration auf die strukturschwächsten Regionen und faire Übergangsregelungen für die Regionen, die ab 2007 aus der Höchstförderung ausscheiden, einzusetzen. Darin soll die Forderung nach einem ausgewogenen europäischen Beihilferecht für die Mitgliedstaaten mit der Möglichkeit, auch künftig substantielle nationale Förderung zu betreiben, eingeschlossen sein.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung durch den Deutschen Bundestag unter anderem aufgefordert werden soll, den neuen Ländern zugesagte Solidarpaktmittel in Höhe von über 156 Mrd. Euro nicht zur Disposition zu stellen; die Beibehaltung der Förderung der ostdeutschen Länder als „Ziel-1-Gebiete“ für den Zeitraum 2007 bis 2013 und der damit verbundenen beihilferechtlichen Spielräume für Investitionen zu erwirken; eine Förderstrategie zu entwickeln, durch die vor allem Wachstumscluster etabliert und gestärkt werden; die Entwicklung strukturschwacher Gebiete nicht aus dem Blick zu verlieren; fruchtlosen Debatten über so genannte Sonderwirtschaftszonen entgegenzutreten und stattdessen den neuen Ländern wesentlich größere Handlungsspielräume zu gewähren, um auf die jeweilige regionale Situation zugeschnittene Lösungen zu ermöglichen; eine der Produktivität, der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsmarktnachfrage angemessene Lohnfindung in Ostdeutschland zuzulassen; aus dem System der Lohnersatz- und Transferleistungen für arbeitsfähige Arbeitslose ein System der Lohnergänzungsleistungen zu machen; eine Neuregelung des Kündigungsschutzes bei Neueinstellungen zuzulassen, die den Arbeitgebern die Besetzung aller verfügbaren Arbeitsplätze erleichtern soll und das Missverhältnis aus einerseits hohen Arbeitslosenzahlen und andererseits hohem Überstundenvolumen

abbauen soll. In dem Antrag wird außerdem gefordert, Verkehrsprojekte, die im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union von Bedeutung sind, im Bundesverkehrswegeplan als „Vordringlichen Bedarf“ auszuweisen und ein Sonderprogramm der Europäischen Union „Verkehrsprojekte Europäische Einheit“ aufzulegen; die Forschungsförderung stärker an den Besonderheiten der ostdeutschen Unternehmenslandschaft auszurichten und die Kooperation von Hochschulen und Forschungsinstituten einerseits und den Unternehmern als Auftraggeber andererseits zu beleben.

Zu Nummer 3

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung durch den Deutschen Bundestag unter anderem aufgefordert werden soll, ein Gesamtkonzept für den Aufbau Ost zu erstellen; die Schaffung von Modellregionen durch die befristete Aussetzung bundesrechtlicher Regelungen im Bau-, Tarif- und Arbeitsrecht über Länderöffnungsklauseln zu ermöglichen, den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit Priorität einzuräumen; die gemeinsame Finanzierung der Forschung von Bund und Ländern auch im Interesse der neuen Bundesländer fortzuführen; die Wertschöpfungsanteile sowie Beschäftigungseffekte und Leistungen für Forschung und Entwicklung im Rahmen der Investitionsförderung in Ostdeutschland stärker als bisher zu berücksichtigen; die Umsatzsteuer sowohl auf der Leistungseingangs- wie auf der Leistungsausgangsseite für ganz Deutschland von der Soll- auf die Ist-Besteuerung umzustellen; Regelungen entsprechend des bis 1994 in Kraft gewesenen Zonenrandförderungsgesetzes im Rahmen der EU-Osterweiterung für die grenznahen Regionen zu schaffen; kleinen und mittelgroßen Unternehmen Risikokapital aus einem revolving Fonds zur Verfügung zu stellen; die Potenziale der Grünen Gentechnik durch eine innovationsfreundliche Novellierung des Gentechnikgesetzes auszuschöpfen und damit die Vorreiterposition der neuen Bundesländer bei der Entwicklung wettbewerbsfähiger Biotechnologiestandorte zu fördern; die Rahmenbedingungen für die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft zu verbessern, indem die nationalen Sonderwege bei der Umsetzung von EU-Richtlinien im Bereich des Umwelt-, Natur-, Verbraucher- und Tierschutzes gestoppt und korrigiert werden und die Rahmenbedingungen für den Tourismus zu verbessern.

Zu Nummer 4

Ziel des Antrags ist es unter anderem, dass die Bundesregierung durch den Deutschen Bundestag aufgefordert werden soll, den jährlichen Bericht zum Stand der Deutschen Einheit bis zum Jahr 2019 fortzuführen; beginnend mit dem Jahresbericht 2005 eine differenzierte Betrachtung der Entwicklung der einzelnen Wachstumsregionen vorzunehmen und die zwischen Bund und Ländern im Berichtszeitraum abgestimmten Maßnahmen zur weiteren Stärkung dieser Regionen darzustellen; gezielt auf eine Beschleunigung des Aufholprozesses hinzuwirken und in ihren jährlichen Berichten auch auf die geplanten Maßnahmen stärker einzugehen.

Zu Nummer 5

In dem Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2004 wird das Konzept des Aufbaus Ost dargestellt, die verschie-

denen Programme zur Förderung des Aufbaus Ost im Detail werden beschrieben und in einem statistischen Anhang werden ausgewählte Wirtschaftsdaten zur Lage in den neuen Ländern präsentiert.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/3201 in seiner 70. Sitzung am 29. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag in seiner 69. Sitzung am 29. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 30. Juni 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 30. Juni 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 20. Oktober 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 29. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 29. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 30. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Annahme.

Zu Nummer 2

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/3047 in seiner 56. Sitzung am 29. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 29. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Frak-

tion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag in seiner 69. Sitzung am 29. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** hat den Antrag in seiner 76. Sitzung am 29. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 20. Oktober 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 29. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 29. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 30. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Zu Nummer 3

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/3202 in seiner 70. Sitzung am 29. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag in seiner 69. Sitzung am 29. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 20. Oktober 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 30. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Zu Nummer 4

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/4163 in seiner 49. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfrak-

tionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Sportausschuss** hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat mitgeteilt, dass er den Antrag in seiner 49. Sitzung am 1. Dezember 2004 wegen aktueller Ereignisse nicht beraten konnte.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** hat den Antrag in seiner 83. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Zu Nummer 5

Der **Innenausschuss** hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/3796 in seiner 49. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Sportausschuss** hat die Unterrichtung in seiner 44. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt bei Abwesenheit der Fraktion der FDP deren Kenntnisnahme.

Der **Finanzausschuss** hat die Unterrichtung in seiner 79. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat die Unterrichtung in seiner 79. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat die Unterrichtung in seiner 54. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat mitgeteilt, dass er die Unterrichtung in seiner 49. Sitzung am 1. Dezember 2004 wegen aktueller Ereignisse nicht beraten konnte.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Unterrichtung in seiner 44. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** hat die Unterrichtung in seiner 83. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Unterrichtung in seiner 49. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Unterrichtung in seiner 52. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Unterrichtung in seiner 45. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlagen auf den Drucksachen 15/3796, 15/4163, 15/3201, 15/3047 und 15/3202 in seiner 60. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten.

Die **Fraktion der SPD** vertrat die Auffassung, ihr Antrag sei nach wie vor aktuell. Man wolle auf eine effektivere Verwendung der Mittel für den Aufbau Ost hinwirken. Der Antrag der Koalitionsfraktionen stehe in Übereinstimmung mit den Stellungnahmen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute. Entscheidend seien die Konzentration der Fördermittel und die Schaffung innovativer Finanzierungshilfen zur Überwindung der Eigenkapitalschwäche. Sie hob hervor, was in den letzten beiden Jahren an Förderprogrammen und Programmen initiiert worden sei, um die Eigenkapitalschwäche zu überwinden. So etwas habe es zuvor nicht gegeben und viele Programme hätten bereits Wirkung gezeigt. Eine Schwäche gebe es auf allen Seiten noch beim Abbau bürokratischer Hemmnisse. Dies werde in dem Koalitionsantrag aufgegriffen. Die Behauptung, dass die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe als Steinbruch für die Haushaltskonsolidierung gesehen würden, weise man zurück. Man solle bei der sächsischen Staatsregierung darauf hinwirken, dass die Zulage für die Modernisierung im Mietwohnungsbau nicht praktisch am 31. Dezember 2004 auslaufe. In dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU gebe es durchaus Bestandteile, die für die Koalition zustimmungsfähig seien, erhebliche Differenzen sehe man aber bei den

Passagen zur Arbeitsmarktpolitik. Hier werde der Versuch unternommen, durch die Hintertüre eine Reform des Arbeitsmarktes in ganz Deutschland einzuleiten. Man solle erst einmal die Reformen, die zum 1. Januar 2005 in Kraft träten, wirken lassen, dann nach einer gewissen Zeit eine Analyse vornehmen und diese im Ausschuss debattieren. Ein Eingriff in die Tarifautonomie sei mit den Koalitionsfraktionen nicht zu machen. Wichtige Industriensiedlungen in den neuen Ländern aus der jüngeren Zeit mit der entsprechenden Schaffung von Arbeitsplätzen seien das Ergebnis der Politik der Bundesregierung. Sie schlug vor, ihren Antrag (Drucksache 15/3201) um einen Punkt 10 mit folgendem Wortlaut zu ergänzen: „den jährlichen Bericht zum Stand der Deutschen Einheit bis zum Jahr 2008 fortzuführen, mit der Maßgabe einer Verlängerung der Berichtspflicht über diesen Termin hinaus, wenn der Bedarf dafür durch den Deutschen Bundestag festgestellt wird.“

Der Antrag der Fraktion der FDP werde dem eigenen Anspruch, Leitlinien für ein Gesamtkonzept vorzustellen, nicht gerecht.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, Ostdeutschland fehlten insgesamt über 1,6 Millionen Arbeitsplätze. Die Arbeitslosenquote liege durchgängig bei 18,5 Prozent, während diese in den alten Bundesländern bei 8,1 Prozent liege. Wanderbewegungen hätten in den letzten zehn Jahren, vor allem in den Flächenländern der neuen Bundesländer, zu einem alarmierenden Rückgang der Bevölkerungszahlen geführt. Das flache Land sei bei der zielorientierten Entwicklung wenigstens annähernde gleicher Lebensverhältnisse in Deutschland aus dem Blickfeld der Bundesregierung verschwunden. Sie plädiere dafür, den Jahresbericht zur Deutschen Einheit auch weiterhin jährlich vorgelegt zu bekommen. Man müsse in Ostdeutschland versuchen, zusammen mit Universitäten und außeruniversitärer Forschung neue Produkte zu entwickeln. Hierzu solle es eine Förderung geben und hier müssten Chancen zur Neugründung von Unternehmen gegeben werden. Vor allem bei den industriellen Kernen müsse auch die Wettbewerbsfähigkeit der bestehenden Betriebe gewährleistet werden. Die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für die neuen Bundesländer zur Verfügung gestellten Mittel seien weiterhin unbedingt notwendig. Wichtig sei es auch, dass es innerhalb der Europäischen Union für die strukturschwachen Gebiete bei einer Förderung im Ziel-1-Bereich bleiben müsse. Man kritisiere, dass die Bundesregierung Fördermittel für die neuen Bundesländer als Steinbruch ansehe und sie von Jahr zu Jahr von der aktuellen Kassenlage abhängig mache. Man dürfe nicht zusehen, wenn Mittel aus dem Solidarpakt statt für Infrastrukturinvestitionen zum Ausgleich von Defiziten in Länderhaushalten eingesetzt würden. Volkswirtschaftliche Effizienz könne man nur erreichen, wenn die Infrastruktur weiter ausgebaut werde. Man stehe zu der Auffassung, dass Wachstumscluster die einzige Möglichkeit seien, um die industrielle Produktion voranzubringen. Dabei dürfe man die strukturschwachen Gegenden und die Grenzgebiete zu den neuen EU-Mitgliedstaaten nicht vernachlässigen. Sonderwirtschaftszonen seien keine geeigneten Lösungsvarianten. Der Antrag der Koalitionsfraktionen beinhalte eine zu starke Konzentration auf Mittel- und Oberzentren bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung. Das flache Land werde darin nicht so berücksichtigt, wie es eigentlich notwendig

sei. Man sei nicht der Auffassung, dass man mit einem Niedrigsteuergelände in Ostdeutschland alle Probleme lösen könne und auch bezüglich der Frage von Modellregionen habe man eine differenziertere Ansicht und werde sich deshalb bei dem Antrag der Fraktion der FDP enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, dass es bei der Thematik nicht nur um eine ostdeutsche Dimension gehe. Es gebe auch in Westdeutschland strukturschwache Regionen. Von daher sei es wichtig, dass man da um Verständnis auf beiden Seiten werbe. Das gemeinsame Ziel sei die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West. Unterschiede gebe es bei den Vorstellungen über die Wege dorthin. Sie erwähnte als Beispiele die Fragen der Einführung von Sonderwirtschaftszonen und der Einschränkung der Tarifautonomie. Solche Vorschläge würden die Koalitionsfraktionen auch in Zukunft nicht mittragen. Man habe in Ostdeutschland viel erreicht, wenn man sich überlege, auf welchem Niveau man 1989 begonnen habe. Dies sei auch auf die hohe Leistungsfähigkeit und den hohen Leistungswillen der Ostdeutschen zurückzuführen. Das Ziel der Konvergenz könne man nur erreichen, wenn alle gemeinsam die erforderlichen Anstrengungen unternähmen. Sie sprach sich dafür aus, die verfügbaren Mittel effizienter einzusetzen, weshalb es wichtig sei, sich stärker auf Wachstumsregionen und Wachstumsbranchen zu konzentrieren, ohne strukturschwache Regionen zu vernachlässigen. Es gehe auch darum, kleine Strukturen zu stärken, denn aus einer kleinen Struktur könne auch eine Wachstumsregion entstehen. Auch für den ländlichen Raum gebe es Ansätze, der Tourismus sei sicher einer davon. Bezüglich der Fehlverwendung der Solidarpaktmittel gehe es nicht darum, den ostdeutschen Ländern einen Vorwurf zu machen, denn man kenne deren Situation. Es gebe diesbezüglich sicher auch beim Solidarpakt II Möglichkeiten, ohne dass man diesen aufschüre. Man müsse schauen, ob man eventuell an den Rahmenbedingungen etwas verändern könne. Zum Beispiel habe man zunehmend das Problem, dass Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zurückgegeben werden müssten, weil die Länder nicht mehr kofinanzieren könnten. Man fordere alle Beteiligten auf, sich diesbezüglich Gedanken über eine Lösung zu machen. Dann werde man auch im Jahre 2019 darüber sprechen können, dass man die Angleichung der Lebensverhältnisse weitgehend geschafft habe.

Die **Fraktion der FDP** hob hervor, es gebe zwei Schwerpunkte hervorheben, die für die weitere Entwicklung wichtig seien. Das eine sei das Thema Wanderungsbewegungen. Durch die Wanderungsbewegungen ergäben sich Entwicklungen, die zu regional sehr schwierigen Situationen führen könnten, zum Beispiel für kommunale Infrastrukturen. Der zweite Schwerpunkt sei die EU-Osterweiterung. Die EU-Osterweiterung verursache in den grenznahen Regionen Probleme im Zusammenhang mit den Arbeitskosten, mit Dienstleistungen und Ähnlichem. Dies betreffe den Bayerischen Wald ebenso wie Sachsen oder Brandenburg. Hier müsse man über Sonderwirtschaftszonen und über zu verändernde Rahmenbedingungen sprechen. Das Fördermittel aus dem Solidarpakt falsch eingesetzt würden, habe man auch kritisiert, man müsse aber auch die schwierige Situation der öffentlichen Haushalte in den neuen Ländern sehen. Es gebe im Osten kaum tarifgebundene Unternehmen, es gebe längere Arbeitszeiten und niedrigere Löhne; das bringe Flexibilität, aber die Kommunen hätten dadurch deutlich weniger

Einnahmen, was die Kommunen zu Leistungseinschränkungen zwingt, die zu weiteren Abwanderungen führten. Diesen Zusammenhang müsse man einmal detailliert untersuchen. Was die Förderung im Mietwohnungsbau anbelange, gehe es darum, dass man den Ländern eine Öffnungsklausel einräume, ihre Förderung so zu steuern, wie sie effektiv und sinnvoll sei. Diese Flexibilität sei wichtig. Man sei der Meinung, dass es nach wie vor möglich sein müsse, Sonderwirtschaftszonen oder etwas Ähnliches zu schaffen. Sie seien 1990 der richtige Weg gewesen, man habe es damals aber nicht geschafft. Heute sei die Situation noch ähnlich. Der Antrag der Fraktion der FDP enthalte diesbezüglich klare Forderungen. Der Forderung, dass der Jahresbericht zunächst nur bis 2008 weitergeführt werden solle, könne man sich anschließen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/3796 zur Kenntnis genommen.

Den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zu dieser Unterrichtung auf Drucksache 15/4163 hat er mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Den Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 15/3201 hat er um einen Punkt 10 ergänzt, der lautet „den jährlichen Bericht zum Stand der Deutschen Einheit bis zum Jahre 2008 fortzuführen, mit der Maßgabe einer Verlängerung der Berichtspflicht über diesen Termin hinaus, wenn der Bedarf dafür durch den Deutschen Bundestag festgestellt ist“. Die Punkte 1 bis 9 dieses Antrags wurden mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP angenommen. Punkt 10 des Antrags wurde einstimmig angenommen.

Den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/3047 hat er mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/3202 hat er mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

Bei der Beschlussfassung wurden auch Petitionen einbezogen, zu denen der Petitionsausschuss den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen gemäß § 109 der Geschäftsordnung um eine Stellungnahme gebeten hat.

Berlin, den 17. Januar 2005

Siegfried Scheffler
Berichterstatter

Werner Kuhn (Zingst)
Berichterstatter

Peter Hettlich
Berichterstatter

